

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats zur ersten Sitzung im Jahr 2013, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Es wird kein Widerspruch gegen die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erhoben.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 11 der öffentlichen Sitzung – Personelle Ausstattung des Kreisjugendrings auf der Kinder- und Jugendfarm – für die heutige Sitzung einvernehmlich zurückgestellt ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Rott für 25 Jahre Ehrenamtstätigkeit als Feldgeschworener; ferner gratuliert er für 20-jährige Ehrenamtstätigkeit als Feldgeschworener Herrn Andreas Kemmelmeier.

Des Weiteren werden Glückwünsche zum Geburtstag nachträglich an Frau Schödl ausgesprochen.

884 20

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse vom 13.09.2012, Nr. G810, und vom 10.10.2012, Nr. G823 und G825 – G826, werden in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und sind damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

- siehe Beilage –

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

885 20 Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 13.12.2012, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Antrag der SPD- Fraktion auf Einstellung eines Klimaschutzmanagers

Herr Dr. Ernstberger verlässt um
19.50 Uhr den Sitzungssaal.

Mit Schreiben vom 22.11.2012 beantragt die SPD-Fraktion die Einstellung eines Klimaschutzmanagers, auf drei Jahre befristet, unter Stellung eines Förderantrages beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Antrag ist den Mitgliedern des Gemeinderates vorab übermittelt worden.

Der Vorsitzende erläutert die Begründung des Antrages der SPD-Fraktion.

Die Stelle des Klimaschutzmanagers soll das Profil „Bauingenieur für den Hochbau“ erfüllen.

886 19 Beschluss: 19 : 0

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung des in Auftrag gegebenen Klimaschutzkonzeptes einen Förderantrag zur Einstellung eines Klimaschutzmanagers (Profil Hochbauingenieur) an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zu stellen.

Vorsorglich ist im Stellenplan für das Jahr 2013 eine zunächst auf drei Jahre befristete Stelle auszuweisen.

Herr Dr. Ernstberger war zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

Az.:
0.1; 3.1

Herr Dr. Ernstberger kehrt um 19.53 Uhr
in den Sitzungssaal zurück.

Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung von zusätzlichen Fußballtrainingsplätzen

Mit Schreiben des FC Unterföhring e. V. vom 10.09.2012 (Posteingang: 12.09.2012) wurde eine Anfrage an die Gemeinde Unterföhring gerichtet, in

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

der auf Grund starker Auslastung der bestehenden Plätze nach neuen Fußballflächen gefragt wurde.

Die SPD-Fraktion stellte mit Schreiben vom 21.10.2012 einen Antrag auf Errichtung eines weiteren Kunstrasenplatzes an der Dammstraße. Des Weiteren sollen die bereits vorhandenen Übungsplätze am Etzweg um einen weiteren Platz ergänzt werden.

Beide Schreiben sind den Mitgliedern des Gemeinderats übermittelt worden. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde bereits auf die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderats vom 08.11.2012 gesetzt. Da vor der Beratung und Abstimmung noch ein Gespräch mit dem FC Unterföhring stattfinden sollte, wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Am 08.01.2013 wurde zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des FC Unterföhring eingeladen.

Der Bürgermeister gibt den Gesprächsinhalt vom 08.01.2013 mit folgenden Punkten bekannt:

- Der Vorstand des FC Unterföhring begrüßt die Errichtung einer Einfriedung des bestehenden Kleinspielfeldes an der Dammstraße.
- Ebenso befürwortet der FC Unterföhring die Errichtung eines weiteren Fußballplatzes am Unteren Aschheimer Weg, östlich des vorhandenen Bolzplatzes auf dem Grundstück Fl. Nr. 851 mit Modulen für Duschen, Umkleiden und WCs sowie entsprechender Umzäunung und Beleuchtung. Am Etzweg sind Parkmöglichkeiten zu errichten.

Nach Vorschlag der Verwaltung soll zeitnah eine Kostenschätzung vorgelegt werden.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler teilt mit, dass er zu diesem Tagesordnungspunkt nicht beraten und abstimmen wird, da er als 2. Vorsitzender des Fußballclubs persönlich beteiligt ist.

Von Herrn Ebert werden zwei Anträge nach der Geschäftsordnung gestellt. Der erste Antrag lautet, heute nur über den Teilbereich Dammstraße abzustimmen und die Entscheidung über den Fußballplatz am Unteren Aschheimer Weg zurückzustellen und in der nächsten Gemeinderatssitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende lässt über den ersten Antrag des Herrn Ebert nach der Geschäftsordnung auf Teilabsetzung (Fußballplatz Unterer Aschheimer Weg) abstimmen.

887 19 Beschluss: 3 : 16

Die Beschlussfassung über die Errichtung eines zusätzlichen Fußballplatzes am Unteren Aschheimer Weg wird zurückgestellt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat sich an der Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung nach Art. 49 GO nicht beteiligt.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem der Antrag des Herrn Ebert nach der Geschäftsordnung auf Teilzurückstellung keine Mehrheit gefunden hat, ist er abgelehnt.

Von Herrn Ebert wird ein weiterer Antrag nach der Geschäftsordnung gestellt, wonach eine getrennte Abstimmung hinsichtlich der beiden Fußballplätze gewünscht wird.

Der Vorsitzende lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag des Herrn Ebert abstimmen.

888 19 Beschluss: 19 : 0

Die Mitglieder des Gemeinderats sprechen sich dafür aus, dass hinsichtlich der beiden möglichen, künftigen Fußballplätze eine getrennte Abstimmung erfolgt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat sich an der Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung nach Art. 49 GO nicht beteiligt.

Die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Schödl, stellt als Antragstellerin klar, dass nicht der ursprünglich von der SPD-Fraktion gestellte Antrag, sondern der von der Verwaltung leicht modifizierte Antrag abgestimmt werden kann.

Der Vorsitzende lässt nun getrennt abstimmen.

889 19 Beschluss: 19 : 0

Die Gemeinde Unterföhring errichtet für den FC Unterföhring e. V. um das vorhandene Kleinspielfeld an der Dammstraße eine Einfriedung entsprechend der Einfriedung des Kunstrasenplatzes.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat an der Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung nach Art. 49 GO nicht teilgenommen.

Der Vorsitzende lässt weiter über das künftige Fußballspielfeld am Unteren Aschheimer Weg abstimmen.

890 19 Beschluss: 15 : 4

Die Gemeinde Unterföhring errichtet für den FC Unterföhring e. V. am Unteren Aschheimer Weg auf dem Grundstück, Fl.Nr. 851, ein weiteres Fußballspielfeld mit Umzäunung, Beleuchtung sowie Modulen für Sanitär-, Umkleide- und Lagermöglichkeiten sowie Parkmöglichkeiten am Etzweg.

Die Haushaltsmittel werden außerplanmäßig bereitgestellt.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat an der Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung nach Art. 49 GO nicht teilgenommen.

Herr Ebert gibt ausdrücklich nach der Geschäftsordnung des Gemeinderats von 2008 – 2014 zu Protokoll, dass er dem letztgenannten Beschluss, Nr. 890, nicht zugestimmt hat, da keine Kostenschätzung vorlag.

Az.:

0.1; 3.1; 2.1

Haushalt 2013 (Empfehlungsbeschlüsse des Finanzausschusses):

- a) **Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort 2013**
- b) **Erhebung von Straßenausbaubeiträgen 2013**
- c) **Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr 2013**
- d) **Erhebung von Hundesteuer 2013**
- e) **Stellenplan für das Jahr 2013**
- f) **Haushaltssatzung für das Jahr 2013**
- g) **Haushaltsplan für das Jahr 2013**
- h) **Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016**

Der Vorsitzende hält eine Rede zur Haushaltslage.

- a) **Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort 2013**

Das Schreiben des Landratsamtes vom 26.02.1996 (Haushaltsgenehmigung 1996 und vom 09.02.2006 – haushaltsrechtliche Behandlung 2006) wird in Erinnerung gebracht, in dem auf Art. 62 Abs. 2 GO – Rangfolge der Einnahmebeschaffung – verwiesen wurde. Art. 62 GO gibt eine verbindliche Reihenfolge der Einnahmebeschaffung vor, die keinen Ermessensspielraum bietet. Auch die Tatsache, dass eventuell höhere Steuereinnahmen (insbesondere aus der Gewerbesteuer) eingehen, rechtfertigt keinen Verzicht auf Gebühren und Beiträge. Diese sind gemäß Art. 62 Abs. 2 GO vorrangig gegenüber Steuern und insbesondere gegenüber Kreditaufnahmen zu erheben.

Eine Kreditaufnahme ist im Finanzplan bis 2016 nicht vorgesehen.

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 10.02.2011, Nr. 560, in dem der Gemeinderat zuletzt für das Haushaltsjahr 2011 auf die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort weiterhin verzichtet hat.

Des Weiteren wird auf den Gemeinderatsbeschluss vom 12.10.2006, Nr. G772, verwiesen, in dem zugestimmt wurde, dass für alle Unterföhringer

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kindertageseinrichtungen die Trägerschaft auf die Arbeiterwohlfahrt übertragen wird, um die vollen Fördermittel auszuschöpfen. Die entgangenen Gebühren (Elternbeiträge) werden seitdem als freiwillige Leistung der Gemeinde an die Arbeiterwohlfahrt erstattet.

Mit Beschluss vom 26.11.2012, Nr. G83, spricht der Finanzausschuss eine Empfehlung für den Gemeinderat aus, für 2013 auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort weiterhin zu verzichten.

891 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt, auf die Erhebung von Gebühren für die Kindergärten, Kinderkrippen und den Hort in 2013 weiterhin zu verzichten. Das Defizit – entgangene Elternbeiträge – übernimmt wie in den Vorjahren die Gemeinde als freiwillige Leistung für ihre Bürger.

Az.: 423
2.1; 1.1

b) Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss, Nr. 241, vom 10.07.2003, in dem vom Erlass einer Satzung Abstand genommen wurde.

Mit Beschluss vom 26.11.2012, Nr. G82, empfiehlt der Finanzausschuss, von einem Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung weiterhin Abstand zu nehmen.

892 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt, vom Erlass einer Straßenausbaubeitragsatzung weiterhin Abstand zu nehmen.

Az.: 9240
2.1

c) Aufwendungs- und Kostenersatz bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr

Nach Art. 28 Abs. 1 Satz 1 BayFWG steht es im Ermessen der Gemeinde, Aufwendungs- und Kostenersatz zu verlangen. Allerdings gelten Art. 61 und 62 GO, wonach auf eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung zu achten ist.

Der Bürgermeister verweist auf den Beschluss des Finanzausschusses vom 20.11.2006 zum Haushalt 2007, Nr. G71, in dem nach Vorliegen eines Erfahrungsberichts von der Erhebung eines Aufwendungs- und

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kostenersatzes abgesehen wurde.

Mit Beschluss vom 26.11.2012, Nr. G84, empfiehlt der Finanzausschuss den weiteren Verzicht auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr.

893 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt, auf die Erhebung eines Aufwendungs- und Kostenersatzes bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr weiterhin zu verzichten.

Az.: 930
2.1

d) Erhebung von Hundesteuer

Der Bürgermeister verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 14.12.2000, Nr. 868, in dem der Erlass der Hundesteuersatzung zum 01.01.2001 beschlossen wurde, sowie auf den Beschluss vom 19.04.2012, Nr. 760, in welchem der Gemeinderat einer Neufassung der Hundesteuersatzung, gültig ab 01.05.2012, zugestimmt hat.

Mit Beschluss vom 26.11.2012, Nr. G83, empfiehlt der Finanzausschuss, die Erhebung von Hundesteuer weiterhin gemäß derzeitiger Satzung zu vollziehen.

894 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt, die Erhebung von Hundesteuer weiterhin gemäß derzeitiger Satzung zu vollziehen.

Az.: 9243
2.1

e) Stellenplan für das Jahr 2013

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Stellenplanes für die Beamten und Beschäftigten als Anlage im Haushaltsplan 2013 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Der Beschluss des Finanzausschusses vom 26.11.2012, Nr. G86, wird bekannt gegeben.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

895 20 Beschluss: 20 : 0

Der beiliegende Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten für das Jahr 2013 wird genehmigt.

- siehe Beilage -

Az.: 030/941
0.2; 2.1

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

f) Haushaltssatzung für das Jahr 2013

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2013 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Gewerbsteuerhebesatz

Der erste Entwurf des Verwaltungshaushalts 2013 hat die Basis von 42 Mio. € Gewerbesteueraufkommen. Unter Einbeziehung dieser Einnahmen ergibt sich eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von ca. 11,1 Mio. €. Durch den Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleibt ein Nettosteuerertrag in Höhe von ca. 33 Mio. €.

Die Gewerbesteuer fließt mit 69 v. H. in die Umlagekraft 2013.

Mit Beschluss vom 26.11.2012, Nr.G79, empfiehlt der Finanzausschuss, den Hebesatz bei der Gewerbesteuer bei 330 v. H. zu belassen.

Grundsteuerhebesätze A und B

Im ersten Entwurf des Haushaltsplanes 2013 wird die Grundsteuer A und B jeweils mit dem Hebesatz 250 v. H. veranschlagt. Der Ansatz bei der Grundsteuer A beträgt 7.800 €, bei der Grundsteuer B 2,180 Mio. €.

Mit Beschluss vom 26.11.2012, Nr. G80, empfiehlt der Finanzausschuss, den Hebesatz bei den Grundsteuern A und B bei 250 v. H. zu belassen.

896 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt den Erlass der im Entwurf beiliegenden Haushaltssatzung 2013 zum 01.01.2013.

- siehe Beilage -

Az.: 9243
2.1

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

g) Haushaltsplan für das Jahr 2013

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2013 mit der Sitzungseinladung zugestellt wurde.

Die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 26.11.2012, Nr. G77 und G78, werden bekannt gegeben.

897 20 Beschluss: 20 : 0

Verwaltungshaushalt

Der Entwurf des Verwaltungshaushalts 2013, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 72.533.035,00 € abschließt, wird genehmigt.

Vermögenshaushalt

Der Entwurf des Vermögenshaushalts 2013, der in den Einnahmen und Ausgaben mit 90.248.200,00 € abschließt, wird genehmigt.

Az.: 9410
2.1

h) Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Entwurf des Finanzplanes für die Jahre 2012 bis 2016 zugestellt wurde. Der Finanzplan wird erläutert.

898 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beschließt den im Entwurf vorgelegten Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016, der jeweils in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist, mit folgenden Abschluss-Summen:

2012: 112,64 Mio. €
2013: 90,84 Mio. €
2014: 43,96 Mio. €
2015: 28,84 Mio. €
2016: 20,86 Mio. €

Az.: 9430
2.1

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim;

a) 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u.a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

b) 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u.a. zur Ausweisung von Grünflächen und Flächen für besondere landschaftliche Maßnahmen; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Herr Rott verlässt um 20.44 Uhr den Sitzungssaal.

a) 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u.a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Rahmen der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen nochmals um Stellungnahme gebeten wird. Die Planunterlagen, Stand: 11.12.2012, wurden dem Gremium zugestellt und zur Einsichtnahme vorgelegt.

In diesem Zusammenhang wird auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 08.03.2012, Nr. 755, vom 20.06.2012, Nr. 793, und vom 13.09.2012, Nr. 826, hingewiesen, in denen ausdrückliche Einwendungen und Hinweise zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes, Änderungsbereich 1 (Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen), der Gemeinde Aschheim vorgebracht wurden.

Der Bürgermeister gibt den Abwägungsbeschluss der Gemeinde Aschheim vom 11.12.2012 bekannt und teilt mit, dass die Gemeinde Unterföhring betreffenden Änderungsbereiche 1c (4,9 ha autobahnorientierte Gewerbefläche als Nachfolgenutzung, Gewerbe nach Kiesabbau) und 1d (Ausweisung von 4,9 ha Gewerbeflächen) aus dem Verfahren zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes heraus genommen wurden.

Die Gewerbefläche (autobahnorientierten Gewerbeflächen) im Änderungsbereich 1a wurde gemäß Schreiben vom 12.12.2012 von 2,59 ha auf 1,80 ha reduziert. Die Gewerbeflächen im Änderungsbereich 1b (Erwerbsgärtnerei) wurden von 9,8 ha auf 10,14 ha und im Änderungsbereich 1e (Gewerbeflächen, Frachtpostzentrum) von 9,80 ha auf 9,54 ha verändert.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

899 19 Beschluss: 19 : 0

Der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen wird seitens der Gemeinde Unterföhring nicht widersprochen, da die Änderungsbereiche 1c (4,9 ha autobahnorientierte Gewerbefläche als Nachfolgenutzung, Gewerbe nach Kiesabbau) und 1d (Ausweisung von 4,9 ha Gewerbeflächen) zur Ausweisung von Gewerbeflächen aus dem Verfahren zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes heraus genommen wurden und der Änderungsbereich 1a unmittelbar westlich an der Autobahn A99 liegt und von 2,59 ha auf 1,80 ha reduziert wurde.

Der Änderungsbereich 1e (Südöstlich der Ortslage Aschheim, Fläche östlich des Bauma-Stellplatzes, südlich des Frachtpostzentrums und des Möbelhauses), der eine Fläche von 9,54 ha für autobahnorientiertes Gewerbe und Errichtung großer Gewerbebauten zzgl. eine Fläche von 2,39 ha für Eingrünungsfläche ausweist, wird zur Kenntnis genommen und der Hinweis angebracht, die notwendige verkehrliche Erschließung (es bestehen Planungsgedanken eine direkte Zufahrt durch eine Auffahrtsrampe von der Staatsstraße 2082 herstellen) frühzeitig darzulegen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Rott war zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

Az.: 6010
3.1; 3.3

b) 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von Grünflächen und Flächen für besondere landschaftliche Maßnahmen; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Rahmen der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von Grünflächen und Flächen für besondere landschaftliche Maßnahmen um Stellungnahme bis spätestens 21.1.2013 gebeten wird. Die Planunterlagen, Stand 02.08.2012, wurde den Mitgliedern zugestellt und zur Einsichtnahme vorgelegt.

Die Gemeinde Aschheim plant unter anderem die folgenden Ausweisungen:

Änderungsbereich 1-3 und 6

Die Änderungsbereiche 1-3 und 6 liegen im östlichen und südwestlichen Gemeindebereich von Aschheim und betreffen die Belange der Gemeinde Unterföhring nicht.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Änderungsbereich 4

Südlich des Speichersees, unmittelbar östlich der B 471

Änderungsbereich 4a

Die Gemeinde Aschheim sieht im Bereich südlich des Speichersees, unmittelbar östlich der B 471, die sich im Eigentum der Gemeinde Aschheim befindlichen Flächen in hohem Maße dafür geeignet an, hier als Grünflächen (im Anschluss an das SPA-Gebiet (Europäische Vogelschutzrichtlinie) Speichersee und das östlich angrenzende Naturschutzgebiet) statt wie bisher als Flächen für die Landwirtschaft darzustellen. Der naturschutzfachlichen und landschaftlichen Wertigkeit der Umgebung wird somit Rechnung getragen.

Bisherige Darstellung:		Neue Darstellung:	
Fläche für die Landwirtschaft	9,75	Grünfläche	9,75

Änderungsbereich 4b

Die Gemeinde Aschheim sieht im Bereich südlich des Speichersees, östlich der B 471, die sich im Eigentum der Gemeinde befindlichen Flächen in hohem Maße dafür geeignet an, hier als Grünflächen (im Anschluss an das SPA-Gebiet Speichersee und das nördlich angrenzende Naturschutzgebiet) statt wie bisher als Flächen für die Landwirtschaft darzustellen. Der naturschutzfachlichen und landschaftlichen Wertigkeit der Umgebung wird somit Rechnung getragen. Bereits bestehende Flächen für besondere landschaftliche Maßnahmen (Ausgleichsflächen) werden - aufgrund der engen Verzahnung – mit im Umgriff des Änderungsbereichs 4b dargestellt.

Bisherige Darstellung:		Neue Darstellung:	
Fläche für die Landwirtschaft	3,63	Grünfläche	3,63
Grünfläche (Fläche für besondere landschaftliche Maßnahmen – hier Ausgleichsmaßnahme)	1,85	Grünfläche (Fläche für besondere landschaftliche Maßnahmen)	1,85

Änderungsbereich 4c

Im Zuge der nachrichtlichen Übernahme der planfestgestellten Verlegung der Anschlussstelle Aschheim / Ismaning von der B 471 zur Kreisstraße M3 (Planfeststellungsbeschluss vom 23.06.2010) in die Darstellungen des Flächennutzungsplans Aschheims (laufende 29. Änderung des Flächennutzungsplans - Änderungsbereich 3) stellt die Gemeinde Aschheim nunmehr neben der geplanten Eingrünung der B471 (Verkehrsgrün) nach Osten zur freien Landschaft hin einen Grünstreifen von 20 m Breite dar. Ziel ist es, wie schon in den Änderungsbereichen 4a und 4b, der naturschutzfachlichen und landschaftlichen Wertigkeit der Umgebung südlich des Speichersees Rechnung zu tragen.

Bisherige Darstellung:		Neue Darstellung:	
Fläche für die Landwirtschaft	1,36	Grünfläche	1,36

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Änderungsbereich 5

Östlich des Postfrachtzentrums, westlich des Sondergebiets

Möbelhaus, Gemarkung Aschheim – Umwidmung Sondergebiet „Brennerei“ und Grünflächen in Gewerbefläche

Im Zuge der laufenden 27. Änderung des Flächennutzungsplans stellt die Gemeinde Aschheim in den Änderungsbereichen 7a und 7b Gewerbeflächen (emissionsbeschränkt und stark durchgrünt) als Erweiterungsflächen des bestehenden Postfrachtzentrums dar. Unmittelbar an den Änderungsbereich 7b angrenzend liegt der nun änderungsgegenständliche Änderungsbereich 5. Das Areal ist keilförmig und wird durch das bestehende Postfrachtzentrum und dessen Erweiterungsflächen im Westen und das bestehende Möbelhaus (Sondergebiet Einzelhandels-Großprojekt) im Osten begrenzt, südlich soll die Trasse der Straßenverbindung zwischen St 2082 und der Umgehungsstraße Aschheim zur Anbindung des Bauma-Parkplatz verlaufen (Änderungsbereich 4 der laufenden 27. FNP-Änderung). Da das Sondergebiet Brennerei zur Verlagerung der Brennerei aus der Ortsmitte Aschheims nicht mehr benötigt wird (da die Brennrechte weggefallen sind), das Gebiet künftig gut erschlossen und in hohem Maße baulich-technisch vorgeprägt ist, soll hier die Gewerbegebietsfläche erweitert werden. Eine Eingrünung nach Süden zur freien Landschaft hin und nach Norden zum bestehenden Kreisverkehr am Ende der Eichendorfstraße ist weiterhin vorgesehen. Die Fuß- und Radwegeverbindung wird an der östlichen Grenze des Gewerbegebiets vorbei geführt.

Bisherige Darstellung:		Neue Darstellung:	
Grünfläche (Gehölze/Eingrünung)	0,61	Grünfläche (Gehölze/Eingrünung)	0,34
Grünfläche (Fläche für besondere landschaftliche Maßnahmen – hier Ausgleichsmaßnahme)	0,07	Gewerbegebiet mit Emissionsbeschränkung (stark durchgrünt)	0,95
Sondergebiet „Brennerei“	0,61		

900 19 Beschluss: 19 : 0

Die Gemeinde Unterföhring nimmt die 30. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von Grünflächen und Flächen für besondere landschaftliche Maßnahmen zur Kenntnis und bringt keine Hinweise bzw. Anregungen vor.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Rott war zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

Az.: 6010
3.1

Herr Rott kehrt um 20.47 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern; Zweites Anhörungsverfahren des Freistaat Bayerns

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 13.09.2012, Nr. 825, in Erinnerung, in dem zum Entwurf der Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP-E) des Bayerischen Ministerrats vom 22.05.2012 Stellung genommen wurde.

Mit Schreiben vom 30.11.2012 teilte das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie mit, dass sich nach Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen Änderungen im LEP-E ergeben haben, die der Ministerrat am 28.11.2012 beschlossen hat.

Die Gemeinde Unterföhring wird aufgefordert, eine Stellungnahme ausschließlich zu den Änderungen bis zum 14.01.2013 abzugeben. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass der Entwurf des LEP samt Änderungen im Internet unter: www.stmwivt.bayern.de eingesehen werden kann.

Die Änderungen umfassen im Wesentlichen

- die Aufstufung von vier Siedlungsschwerpunkten zu Mittelzentren,
- die Zuordnung einzelner Gemeinden zu den Gebietskategorien,
- die Abgrenzung des Teilraums mit besonderem Handlungsbedarf,
- die Ausnahmeregelung beim Anbindungsziel,
- die Aufnahme von Festlegungen zur Wirtschaftsstruktur und zum Tourismus sowie
- die Überarbeitung von Ergänzung der Festlegung zur Energieversorgung.

Weiter gibt der Bürgermeister die Stellungnahme des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München vom 10.12.2012 mit folgender Darstellung der wichtigsten Änderungen bekannt:

Kapitel 1: Grundlagen und Herausforderungen der räumlichen Entwicklung und Ordnung Bayerns

Neuer Grundsatz 1.4.1 (S. 16): „Die flächendeckende Versorgung mit Telekommunikationsdiensten soll erhalten und deren Infrastruktur gemäß dem Stand der Technik ausgebaut werden.“

Kapitel 2: Raumstruktur

Neues Ziel 2.1.6 (S. 21): „Zusätzliche Mehrfachgrundzentren sind unzulässig“. Grundzentren sollen gemäß LEP-E durch die Regionalen Planungsverbände festgelegt werden. Um einer zusätzlichen Ausweisung neuer Grundzentren entgegen zu wirken, sollen weitere Mehrfachgrundzentren unzulässig sein (bisher wurde diese Regelung lediglich in der Begründung angesprochen). (Zentrale Orte... Hinweis der Verwaltung: Diese Passage ist nicht relevant für die Gemeinde Unterföhring). Regionen: Kap. 2.4 und Anhang 4: Der bisherige räumliche Umgriff der

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Planungsregion 14 München bleibt, wie der aller anderen bayerischen Regionen, unangetastet.

Kapitel 3: Siedlungsstruktur

Ziel 3.2, Innenentwicklung vor Außenentwicklung (S. 40): Klar gestellt wird, dass Flächen für die Naherholung und solche, die der „räumlichen Gliederung“ der Siedlungsbereiche dienen (z.B. Parkanlagen oder Grünflächen), keine für eine für Verdichtungszwecke vorgesehene, bauliche Nutzung geeignete Potenziale darstellen. Hiermit wird im Vergleich zur bisherigen Entwurfsfassung die Möglichkeit der Städte und Gemeinden zur Außenentwicklung im Sinne einer nachhaltigen Politik der Innenentwicklung erleichtert.

Ziel 3.3: „Anbindungsgebot“ (S. 41): Diesbezüglich ist die Ausnahme vom Ziel, dass neue Siedlungsflächen in Anbindung an bereits vorhandene auszuweisen sind, für die Ansiedlung von Logistikunternehmen ergänzt worden: Neben Standorten mit Autobahnanschluss stellen nun generell „vierstreifig autobahnähnlich ausgebaute Straßen“ einen Ausnahmetatbestand dar. Darüber hinaus sind noch zwei weitere Ausnahmen hinzugefügt worden: Für Gewerbebetriebe mit starken Auswirkungen auf die Umwelt (Luftverschmutzung, Produktions- und Verkehrslärm) sowie für militärische Konversionsflächen: Diese können auch im Falle der Nicht-Angebundenheit für eine Nachfolgebebauung genutzt werden. In der Begründung zum Ziel wird außerdem klargestellt, dass nicht nur Freiflächen-Photovoltaikanlagen, sondern auch Biomasseanlagen keine Siedlungsflächen im Sinne des Anbindungsgebots darstellen.

Kapitel 4: Verkehr

In diesem Kapitel gab es keine wesentlichen Änderungen. Es sei erwähnt, dass der LEP-E den Ausbau des Bahnknotens München auch weiterhin nur in Form eines Grundsatzes – und nicht als verbindliches Ziel – nennt. (Dritte Startbahn / Vorranggebiet... Hinweis der Verwaltung: Diese Festlegung betrifft grundsätzlich die Umlandgemeinden des Flughafens Hallbergmoos, Neufahrn, Eching und Freising...)

Kapitel 5: Wirtschaft

Neu hinzugekommen sind zwei Grundsätze (Kap. 5.1, S. 55) zur Förderung der Wirtschaftsstruktur:

Diese beinhalten Forderungen des Erhalts und der Verbesserung der Standortbedingungen für die Tourismuswirtschaft bzw. kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe. Hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung zur Gewinnung von Bodenschätzen erfolgt eine Klarstellung, dass der Zeithorizont der Festlegung diesbezüglicher Vorrang- und Vorbehaltsgebiete mindestens dem der Regionalpläne bedarfsabhängig entsprechen soll. Außerdem soll künftig bei der Gebietsfestlegung den Anforderungen an die Verkehrsanbindung sowie dem Trinkwasser-, Boden- und Grundwasserschutz besondere Bedeutung beigemessen werden (Kap. 5.2, S. 56).

Ziel 5.3.2: Ausweisung großflächiger Einzelhandelsbetriebe nur an städtebaulich integrierten Standorten (S. 60): In der Begründung ist die

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Definition eines städtebaulich integrierten Standorts erweitert worden. Künftig trifft eine städtebauliche Integration neben den eigentlichen integrierten Lagen auch nur dann zu, wenn der Standort direkt an einen Gemeindeteil anschließt, der hinsichtlich seiner Struktur bereits „Einrichtungen zur Deckung des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Grundbedarfs für die Gemeindebevölkerung im Wesentlichen“ vorhält. Durch diese Formulierung ist also eine Verschärfung der Anforderung an städtebaulich integrierte Standorte für Einzelhandelsgroßprojekte erfolgt. Einteilung der Sortimente in Bedarfsgruppen, Anlage 2: Diese wurde völlig überarbeitet. So werden künftig nur noch Nahrungs- und Genussmittel sowie Getränke dem „Nahversorgungsbedarf“ zugerechnet. Die bisher ebenfalls dazu gezählten „Drogerie- und Parfümwaren“ werden nun in der Sortimentsliste für den „Innenstadtbedarf“ gelistet. Neu ist die ausführliche Nennung einzelner Sortimente in der Liste des „sonstigen Bedarfs“. Die Änderungen in Anlage 2 sind ebenfalls als Verschärfung der einzelhandelsbezogenen Vorgaben des LEP-E zu werten.

Kapitel 6: Energieversorgung

Neuer Grundsatz 6.1 (S. 66): „Potenziale der Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung sollen durch eine integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung genutzt werden.“ Darüber hinaus sollen die Regionalen Planungsverbände künftig „Standorte und Trassen für die Energieinfrastruktur“ im Regionalplan sichern können.

Neues Ziel 6.2.1 (S. 67): „Erneuerbare Energien sind verstärkt zu erschließen und zu nutzen“, womit eine Erreichung der bayerischen Energieversorgungs- und Klimaschutzziele beabsichtigt wird. Nicht geändert wurde das Unterkapitel zur Windkraft (6.2.2, S. 67): In den Regionalplänen sind künftig Vorranggebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen festzulegen.

Neue Grundsätze 6.2.4 – 6.2.6 (S. 68): Der aktuelle Entwurf des LEP macht nun auch Aussagen zum Aus- bzw. Neubau von Anlagen der Energieerzeugung aus Wasserkraft, Biomasse und Tiefengeothermie.

Kapitel 7: Freiraumstruktur

In der Begründung zum Kapitel 4.2 (Wasserwirtschaft, S. 77) kommt es nun zu einer expliziten Erwähnung, dass die öffentliche Wasserversorgung eine „Aufgabe der Daseinsvorsorge“ ist und zu den „Pflichtaufgaben der Gemeinden“ gehört.

Kapitel 8: Soziale und kulturelle Infrastruktur

In diesem Kapitel sind v.a. redaktionelle Änderungen vorgenommen worden. Neu ist ein Grundsatz zur Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft sowie der Umwandlung des Grundsatzes zu einem Ziel, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen im gesamten Freistaat „bedarfsgerecht auszubauen und zu erhalten“ sind (S. 81).

Beurteilung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München vom 10.12.2012

Die erneut sehr kurz gefasste Frist für Stellungnahmen, die zum Teil in die

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Weihnachtsferien fällt, ist kaum zumutbar. Es ist bedauerlich, dass wesentliche Kritikpunkte, wie die planerisch unzureichende und wenig an den aktuellen Herausforderungen der Raumentwicklung orientierte, Einstufung der bayerischen Teilräume in den „ländlichen Raum“ und den „Verdichtungsraum“ sowie die Forderung nach einer grundsätzlichen Überprüfung und Neukonzipierung des Zentralen-Orte-Systems nicht aufgegriffen worden sind. Gerade die für die Region 14 bedeutsame Einstufung von Gemeinden als „Siedlungsschwerpunkt“ erhält mit der neuen Regelung (die Ausnahme Grundzentrum betrifft die Gemeinde Unterföhring nicht.) keine befriedigende Fortschreibung. Die Staatsregierung hält das Ziel, Vorranggebiete für Windkraftanlagen regionalplanerisch zu sichern, aufrecht. Ob die im Rahmen der kommunalen Planungshoheit erstellten bzw. in Aufstellung befindlichen Teilflächennutzungspläne zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen damit auch nach Verabschiedung des in aktueller Fassung vorgelegten LEP Bestand haben werden, ist fraglich. Eine Ergänzung des Regionalplans um ein Kapitel Windkraft wird unumgänglich sein. Unklar ist, wie dann die sich teilweise nicht deckenden Regelungen zu Abstandsflächen etc. in den einzelnen Flächennutzungsplänen in den Regionalplan zu integrieren sind. Die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands München hat bereits am 08.11.2011 zu dieser Thematik beschlossen, dass mögliche regionalplanerische Festlegungen kommunale Initiativen und Planungen nicht behindern dürfen. Nicht nachvollziehbar ist die Neuaufteilung der Sortimentsliste für den großflächigen Einzelhandel. Die Regelungsverschärfungen für dessen Neuansiedlung an städtebaulich integrierte Standorte sind momentan schwer einzuschätzen – aber es ist wohl mit einer restriktiveren Genehmigungspraxis der Bezirksregierungen zu rechnen. Sinnvoll ist die Integration des Aspekts barrierefreier Mobilität an mehreren Stellen des neuen Entwurfs (Kapitel Mobilität, Kapitel Soziales etc.) ebenso wie die besondere Würdigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien als Ziel. Ebenfalls zu begrüßen sind die Klarstellungen zu den Zielen der Innen- vor Außenentwicklung sowie der Anbindung. Bedauerlich ist, dass einige Forderungen, wie eine verstärkte Berücksichtigung des Ausbaus der Telekommunikationsinfrastruktur (Breitband) oder der Ausbau des Bahnknotens München nur als unverbindlicher „Grundsatz“ eingearbeitet worden sind. Die im Grunde sinnvollen neuen Grundsätze bzw. Ziele der Förderung der Wirtschaftsstruktur, der Hochschulen sowie der Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft werden hinsichtlich ihrer genauen Bedeutung nicht weiter expliziert. Konkrete Perspektiven, wie diese Förderung aussehen könnte, bleiben leider aus.

901 20 Beschluss: 20 : 0

Die Gemeinde Unterföhring hält an der Stellungnahme vom 13.09.2012 (Gemeinderatsbeschluss Nr. 825) fest und bedauert, dass wesentliche Kritikpunkte, wie die planerisch unzureichende und wenig an den aktuellen Herausforderungen der Raumentwicklung orientierte, Einstufung der bayerischen Teilräume in den „ländlichen Raum“ und den „Verdichtungsraum“ sowie die Forderung nach einer grundsätzlichen Überprüfung und

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Neukonzipierung des Zentralen-Orte-Systems nicht aufgegriffen worden sind. Ebenso, dass die Staatsregierung das Ziel, Vorranggebiete für Windkraftanlagen regionalplanerisch zu sichern, aufrechterhält. Die Gemeinde Unterföhring schließt sich der Stellungnahme des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München vom 10.12.2012 zum Entwurf der Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP-E), Stand 22.05.2012, mit Änderungen vom 28.11.2012 mit folgenden Ergänzungen an.

Für den Themenbereich Verkehr wird seitens der Gemeinde Unterföhring gefordert, dass im Entwurf des LEP als Ziel folgendes aufgenommen wird: Für die Schienenanbindung auf der S-Bahnlinie S 8 Richtung Flughafen ist eine Taktverdichtung (10-Minuten Takt), mindestens zwischen Ostbahnhof und dem Flughafen-München, zwingend aufzunehmen. Es ist eine schnelle ÖPNV-Verbindung zwischen dem Zentrum von München und dem Flughafen München anzubieten und eine Express-S-Bahn mit Haltestelle „Unterföhring“ auf der S-Bahnlinie S-8 zu realisieren.

Die Gemeinde Unterföhring schließt sich der Stellungnahme des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München im Themenpunkt Energieversorgung mit der Ausnahme an, dass die Errichtung von Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen zwar regionalplanerisch in der Gesamtbetrachtung herangezogen werden muss, hier jedoch den jeweiligen Kommunen ein entsprechendes rechtliches Gestaltungsrecht einzuräumen ist.

Az.: 610/1
3.1

Übernahme der Straßenbeleuchtung; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 08.11.2012, Nr. 583, in dem auf Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2012 die Übernahme der Straßenbeleuchtung beschlossen wurde und den Vertrag mit der E.ON Bayern AG zur Straßenbeleuchtung fristgerecht im Jahr 2013 zu kündigen.

Zur Übernahme der Straßenbeleuchtungsanlage und den sich hieran anschließenden Möglichkeiten zur Gestaltung der öffentlichen Beleuchtung fand am 07.01.2013 in der Gemeinderatsvorunterrichtung (GRV) eine Präsentation, durchgeführt von Herrn Rechtsanwalt C. Franke von der Rechtsanwaltskanzlei Becker-Büttner-Held, Pfeuferstraße 7, 81373 München (BBH), statt, in der rechtliche, juristische und fachliche Erläuterungen sowie auftretende Fragen dem Gremium beantwortet wurden.

Zwischen der Gemeinde Unterföhring und E.ON haben zwischenzeitlich verschiedene Gespräche stattgefunden. Mit Schreiben vom 05.12.2012 bietet E.ON Bayern AG einseitig an, den Straßenbeleuchtungsvertrag um weitere

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

zwei Jahre zu verlängern, falls die Kündigung nicht ausgesprochen wird. Der Vertrag würde sich in diesem Fall bis zum 17.08.2015, unter Einhaltung der 6-monatigen Kündigungsfrist, verlängern.

Der bestehende Straßenbeleuchtungsvertrag endet zum 17.08.2013, die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate, bis 17.02.2013 wäre der Vertrag zu kündigen. Wird die Kündigung nicht ausgesprochen, verlängert sich der Vertrag um weitere fünf Jahre.

902 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt einer Verlängerung des Straßenbeleuchtungsvertrags um weitere zwei Jahre bis zum 17.08.2015, wie von E.ON Bayern AG mit Schreiben vom 05.12.2012 (mit unveränderten Vertragsbedingungen) angeboten, zu. Dabei ist eine 6-monatige Kündigungsfrist zu vereinbaren.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 08.11.2012, Nr. 583, wird dahingehend aufgehoben. Für die vertragliche Vorbereitung zur Übernahme der Straßenbeleuchtung wird die Rechtsanwaltskanzlei Becker-Büttner-Held, Pfeuferstraße 7, 81373 München (BBH) beauftragt. Für die technische Aufbereitung ist das Ingenieurbüro Rönitzsch, Dresden, zu beauftragen.

Az: 5210

3.2; 3.1; 3.4; 2.1; 1.1

Behandlung von Anträgen aus der Bürgerversammlung von 2012;

a) Antrag von Herrn Stefan Ganser auf Ergänzung des ortsgeschichtlichen Weges mit geografischen Daten von Unterföhring

b) Anträge von Herrn Igor Jünger;

ba) Gemeinsame Zukunftsrunde für eine bessere Wohnqualität in Unterföhring Süd

bb) Ideenwettbewerb/-sammlung zur besseren Anbindung von Unterföhring an den Englischen Garten

bc) Ideenwettbewerb/-sammlung zur besseren Anbindung für Fußgänger und Radfahrer an das Einkaufsgebiet an der Feringasträße

c) Anträge von Herrn Rupert Mühlbauer;

ca) Änderung des Fußwegs zum Südzugang am S-Bahnhof

cb) Grünstreifen am St.-Emmeram-Weg

Der Bürgermeister erinnert an die Bürgerversammlung vom 25.10.2012.

Vor Beginn der Bürgerversammlung gingen bei der Gemeindeverwaltung insgesamt sieben Anträge ein, die während der Bürgerversammlung vom Bürgermeister verlesen und anschließend in der Bürgerversammlung behandelt wurden. Des Weiteren wurden verschiedene mündliche Anträge, Wünsche und Anregungen während der Versammlung eingebracht.

Während des Verlaufs der Bürgerversammlung vom 25.10.2012 kam es zu insgesamt sieben Antragsabstimmungen, wovon sechs als Empfehlung für

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

den Gemeinderat beschlossen wurden und ein Antrag (von Herrn Igor Jünger zur Durchführung eines Ideenwettbewerbs/-sammlung für einen sicheren Schulweg) keine Mehrheit fand.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass Empfehlungen der Bürgerversammlung innerhalb der Frist von drei Monaten vom Gemeinderat gemäß Art. 18 Abs. 4 GO behandelt werden müssen.

a) Antrag von Herrn Stefan Ganser auf Ergänzung des ortsgeschichtlichen Weges mit geografischen Daten von Unterföhring

Die Empfehlung der Bürgerversammlung vom 25.10.2012, die auf Antrag von Herrn Stefan Ganser auf Ergänzung des ortsgeschichtlichen Weges mit geografischen Daten von Unterföhring vom 10.10.2012 beschlossen wurde, wird bekannt gegeben.

In einer Abstimmung anlässlich der Bürgerversammlung wurde der Antrag bei ca. 80 Anwesenden mit 60 : 20 als positive Empfehlung dahingehend beschlossen, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befassen werde.

903 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung aus der Bürgerversammlung 2012 (Antrag von Herrn Stefan Ganser vom 10.10.2012) und stimmt einer Ergänzung des ortsgeschichtlichen Weges mit geografischen Daten von Unterföhring zu.

b) Anträge von Herrn Igor Jünger:

ba) Gemeinsame Zukunftsrunde für eine bessere Wohnqualität in Unterföhring Süd

Die Empfehlung der Bürgerversammlung vom 25.10.2012, die auf Antrag von Herrn Igor Jünger zur Durchführung einer gemeinsamen Zukunftsrunde für eine bessere Wohnqualität in Unterföhring Süd vom 16.10.2012 beschlossen wurde, wird bekannt gegeben.

In einer Abstimmung anlässlich der Bürgerversammlung wurde der Antrag bei ca. 80 Anwesenden mit 60 : 20 als positive Empfehlung dahingehend beschlossen, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befassen werde.

904 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt nicht der Empfehlung aus der Bürgerversammlung 2012 (Antrag von Herrn Igor Jünger vom 16.10.2012), wonach die

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bürgerversammlung eine gemeinsame Zukunftsrunde für eine bessere Wohnqualität in Unterföhring Süd empfahl.

bb) Ideenwettbewerb/-sammlung zur besseren Anbindung von Unterföhring an den Englischen Garten

Die Empfehlung der Bürgerversammlung vom 25.10.2012, die auf Antrag von Herrn Igor Jünger zur Durchführung eines/r Ideenwettbewerbs/-sammlung zur besseren Anbindung von Unterföhring an den Englischen Garten vom 16.10.2012 beschlossen wurde, wird bekannt gegeben.

In einer Abstimmung anlässlich der Bürgerversammlung wurde der Antrag bei ca. 80 Anwesenden mit 60 : 20 als positive Empfehlung dahingehend beschlossen, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befassen werde.

905 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt nicht der Empfehlung aus der Bürgerversammlung 2012 (Antrag von Herrn Igor Jünger vom 16.10.2012), wonach die Bürgerversammlung einen Ideenwettbewerb/-sammlung zur besseren Anbindung von Unterföhring an den Englischen Garten empfahl.

bc) Ideenwettbewerb/-sammlung zur besseren Anbindung für Fußgänger und Radfahrer an das Einkaufsgebiet an der Feringastrasse

Die Empfehlung der Bürgerversammlung vom 25.10.2012, die auf Antrag von Herrn Igor Jünger zur Durchführung eines/r Ideenwettbewerbs/-sammlung zur besseren Anbindung für Fußgänger und Radfahrer an das Einkaufsgebiet an der Feringastrasse vom 16.10.2012 beschlossen wurde, wird bekannt gegeben.

In einer Abstimmung anlässlich der Bürgerversammlung wurde der Antrag bei ca. 80 Anwesenden mit 60:20 als positive Empfehlung dahingehend beschlossen, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befassen werde.

906 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt nicht der Empfehlung aus der Bürgerversammlung 2012 (Antrag von Herrn Igor Jünger vom 16.10.2012), wonach die Bürgerversammlung einen Ideenwettbewerb/-sammlung zur besseren Anbindung für Fußgänger und Radfahrer an das Einkaufsgebiet an der Feringastrasse empfahl.

Protokollnotiz zu den Anträgen von Herrn Igor Jünger: Die Verwaltung wird zeitnah eine allgemeine Informationsveranstaltung für die Bewohner aus

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Unterföhring Süd sowie Neubuchstraße usw. anbieten.

c) Anträge von Herrn Rupert Mühlbauer:

ca) Änderung des Fußwegs zum Südzugang am S-Bahnhof

Die Empfehlung der Bürgerversammlung vom 25.10.2012, die auf Antrag von Herrn Rupert Mühlbauer zur Änderung des Fußwegs zum Südzugang am S-Bahnhof vom 17.10.2012 beschlossen wurde, wird bekannt gegeben.

In einer Abstimmung anlässlich der Bürgerversammlung wurde der Antrag bei ca. 80 Anwesenden mit 60 : 20 als positive Empfehlung dahingehend beschlossen, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befassen werde.

907 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, auf der Grünfläche neben dem Südzugang am S-Bahnhof Sträucher zu pflanzen, um dadurch die Grünflächen besser vor Überfahren durch PKWs zu schützen.

cb) Änderung des Grünstreifens am St.-Emmeram-Weg

Die Empfehlung der Bürgerversammlung vom 25.10.2012, die auf Antrag von Herrn Rupert Mühlbauer zur Änderung des Grünstreifens am St.-Emmeram-Weg vom 17.10.2012 beschlossen wurde, wird bekannt gegeben.

In einer Abstimmung anlässlich der Bürgerversammlung wurde der Antrag bei ca. 80 Anwesenden mit 60 : 20 als positive Empfehlung dahingehend beschlossen, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befassen werde.

908 20 Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Grünstreifen am St.-Emmeram-Weg mit Rasengittermaßnahmen zu gestalten.

Az.: 6313
3.1; 3.2; 1.2

Anfrage des Festwirts Peter Vorholzer zur Festplatznutzung im direkten Anschluss an das Bürgerfest 2013

Das Bürgerfest 2013 findet entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss vom 13.09.2012 (Beschluss-Nr. G 807) in der Zeit von Freitag, den 07.06. bis einschließlich Dienstag, den 11.06.2013 statt.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit E-Mail vom 14.12.2012 beantragt der Festwirt des Bürgerfestes Unterföhring, Herr Peter Vorholzer, die Aufbauten des Bürgerfestes 2013 über das Ende des Bürgerfestes 2013 hinaus bis einschließlich Freitag, den 14.06.2013, auf dem Bürgerfestplatz bestehen zu lassen. Anlass seiner Anfrage ist die geplante Durchführung einer Boxveranstaltung am Donnerstag, den 13.06.2013, sowie das ebenfalls geplante Sommerfest der Firma Sky am 14.06.2013, die jeweils in den bestehenden Aufbauten des Bürgerfestes 2013 stattfinden sollen.

Für die Boxveranstaltung wurde folgendes Konzept vorgelegt: Veranstalter ist Pro Box Promotion, ein in der Münchner Boxfabrik beheimatete Boxveranstalter. Im Festzelt in Unterföhring soll eine Box-/Kickboxveranstaltung mit ca. 4 –5 Kämpfen im Boxring ausgerichtet werden. Die Kämpfe werden angesetzt auf mindestens 4 Runden á 3 Minuten. Es ist auch eine Int. Bayerische Meisterschaft (GBO) über 8 Runden geplant. Zusätzlich wird es Einlagekämpfe der Sportart Ringen geben. Neben anderen soll der SC Isaria Unterföhring die Möglichkeit einer Ringervorführung bzw. Werbung für seinen Verein und sein Bundesligateam erhalten. Die Wettkampfringer mit Vereinsvorstand und Trainern werden vom Veranstalter eingeladen. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Handschlag – Faires Kämpfen – Sport gegen Gewalt“. Beginn des Einlasses soll 17 Uhr sein, Beginn der Boxkämpfe (Begrüßung, Vorstellung, Einlaufmusik etc.) ca. 17.30 Uhr, voraussichtliches Ende 21 Uhr. Der Ausrichter erhält vom Festzeltwirt für die Veranstaltung keine Vergütung. Er ist berechtigt, als Gegenleistung von allen Personen einen Eintritt von 10 / 15 Euro (Ringplatz 25 Euro) zu verlangen. Kinder bis 12 Jahre in Begleitung eines Erziehungsberechtigten haben freien Eintritt. Für soziale Zwecke stellt die Boxfabrik der Gemeinde Unterföhring 50 Eintrittskarten á 10 Euro zur freien Verfügung.

Aus Sicht der Verwaltung ist diese Form der Veranstaltung im Bürgerfestzelt grundsätzlich durchführbar, sicherheitsrechtliche oder organisatorische Bedenken bestehen nicht. Das wirtschaftliche Risiko trägt der Veranstalter bzw. der Festwirt Herr Vorholzer; mit der Veranstaltung sind keine weiteren Kosten für die Gemeinde Unterföhring verbunden.

Hinsichtlich des betrieblichen Sommerfestes der Firma Sky am 14.06.2013 bringt der Bürgermeister den Gemeinderatsbeschluss vom 08.03.2012 (Beschluss-Nr.: G 716) in Erinnerung. Die Firma Sky durfte demnach 2012 ihr Sommerfest in den Aufbauten des Bürgerfestes durchführen. Nachdem die Veranstaltung im vergangenen Jahr ein großer Erfolg war, bittet die Firma Sky auch in diesem Jahr um Zustimmung zur benannten Festplatznutzung.

Der Vorsitzende sowie die Gemeinderatsmitglieder Frau Schödl, Herr Ebert und Herr Mecke regen an, bezüglich der zwei gewünschten Veranstaltungen getrennt abzustimmen.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd. Nr.	Anwe- send	Vortrag - Beschluss
909	20	<p>Beschluss: 20 : 0</p> <p>Die Mitglieder des Gemeinderats sprechen sich einvernehmlich dafür aus, dass hinsichtlich der beiden unterschiedlichen Veranstaltungen (Boxen und Sommerfest Sky) getrennt abgestimmt wird.</p> <p>Der Vorsitzende lässt über die geplante Boxveranstaltung abstimmen. Er schlägt vor, dass die Boxveranstaltung nicht stattfindet.</p>
910	20	<p>Beschluss: 10 : 10</p> <p>Die beantragte Boxveranstaltung nach dem Bürgerfest 2013 darf nicht stattfinden.</p> <p>Nachdem dieser Antrag keine Mehrheit findet, ist er abgelehnt.</p> <p>Der Vorsitzende teilt dazu mit, dass im Umkehrschluss festgestellt werden kann, dass dem Festwirt Herrn Vorholzer der Bürgerfestplatz in der Jahnstraße über die Dauer des Bürgerfestes 2013 hinaus inklusive Abbau, längstens jedoch bis zum 20.06.2013, für die beantragte Boxveranstaltung zur Verfügung gestellt werden kann.</p> <p>Im weiteren Verlauf lässt der Vorsitzende über das Sommerfest der Firma Sky am Freitag, 14.06.2013, abstimmen.</p>
911	20	<p>Beschluss: 20 : 0</p> <p>Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass nach dem Bürgerfest 2013 das Sommerfest der Firma Sky am Freitag, 14.06.2013, zugelassen wird.</p> <p>Der Vorsitzende lässt abschließend über das Nutzungsentgelt für die Firma Vorholzer für die beiden Sonderveranstaltungen nach dem Bürgerfest abstimmen.</p>
912	20	<p>Beschluss: 20 : 0</p> <p>Für die verlängerte Nutzungsdauer, die ausschließlich für die Durchführung der Boxveranstaltung am Donnerstag, 13.06.2013, sowie des betriebsinternen Sommerfestes der Firma Sky am Freitag, 14.06.2013, zugelassen wird, ist ein Nutzungsentgelt von 1.000,- € inklusive Nebenkosten (Strom, Wasser, Abwasser usw.) zu zahlen.</p> <p>Der Vorsitzende lässt über die Dauer für die beiden vorgenannten Veranstaltungen gesondert abstimmen.</p>

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

913 20 Beschluss: 20 : 0

Bei beiden Veranstaltungen des Festwirts Herrn Vorholzer nach dem Bürgerfest hat die Musik spätestens um 23.00 Uhr zu enden.

Az.:

1; 2; 0; 3

914 20 **Personelle Ausstattung des Kreisjugendrings auf der Kinder- und Jugendfarm**

Dieser Tagesordnungspunkt ist einvernehmlich zurückgestellt worden.

Antrag des Deutschen Betriebssportverbandes e. V. zur Verwendung des gemeindlichen Wappens

a) für die 43. Betriebssport Europameisterschaft im Bowling 2013 in Unterföhring

b) für die 1. Deutsche Betriebssport Meisterschaft im Bowling 2013 in Unterföhring

Mit Schreiben vom 05.12.2012 (Posteingang 10.12.2012) beantragt der Deutsche Betriebssportverband e. V. die Nutzung des Gemeindewappens für die Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der 43. Betriebssport Europameisterschaft im Bowling im Mai 2013 in der Dream Bowl Palace Anlage in Unterföhring.

Weiter beantragt der Deutsche Betriebssportverband e. V. mit Schreiben vom 15.12.2012 (Posteingang 20.12.2012) auch die Nutzung des gemeindlichen Wappens für die Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung „1. Deutsche Betriebssport Meisterschaft im Bowling“ im Januar 2013 in der Dream Bowl Palace Anlage in Unterföhring.

Die Schreiben des Deutschen Betriebssportverbandes e. V. vom 05.12. und 15.12.2012 werden den Mitgliedern des Gemeinderats bekannt gegeben.

Hierfür ist gemäß Art. 4 Abs. 3 GO die Zustimmung des Gemeinderats erforderlich.

Der Vorsitzende bringt in diesem Zusammenhang die Beschlüsse des Gemeinderats vom 06.05.2010, Nr. 446, vom 17.03.2011, Nr. 586, und vom 08.03.2012, Nr. 757, in Erinnerung, in denen der Gemeinderat der Verwendung des Gemeindewappens für die Durchführung der Bowlingmeisterschaften zugestimmt hatte.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

a) für die 43. Betriebssport Europameisterschaft im Bowling 2013
in Unterföhring

915 20 Beschluss: 19 : 1

Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden, dass gemäß Antrag des Deutschen Betriebssportverbandes e. V. einmalig für die 43. Betriebssport Europameisterschaft im Bowling im Mai 2013 in der Dream Bowl Palace Anlage in Unterföhring das Unterföhringer Wappen für die Veröffentlichungen zur Veranstaltung gemäß Art. 4 Abs. 3 GO verwendet werden darf.

b) für die 1. Deutsche Betriebssport Meisterschaft im Bowling 2013
in Unterföhring

916 20 Beschluss: 19 : 1

Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden, dass gemäß Antrag des Deutschen Betriebssportverbandes e. V. einmalig für die 1. Deutsche Betriebssport Meisterschaft im Bowling im Januar 2013 in der Dream Bowl Palace Anlage in Unterföhring das Unterföhringer Wappen für die Veröffentlichungen zur Veranstaltung gemäß Art. 4 Abs. 3 GO verwendet werden darf.

Das Gemeindewappen darf in seiner Originalform nicht verändert werden. Die Zusage der Gemeinde ist ausschließlich für diesen und nicht für wirtschaftliche Zwecke einmalig erteilt.

Az.:
0.1

Bekanntgaben und Anfragen

Der Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

- Eintragungszeiten zum Volksbegehren:
Mit Gemeinderatsbeschluss vom 13.12.2012 (Beschluss-Nr. 867) wurden erweiterte Eintragungszeiten für das in der Zeit vom 17.01.2013 bis zum 31.01.2013 stattfindende Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren festgelegt.
Die Gemeinde Unterföhring bietet den Bürgerinnen und Bürgern somit zusätzlich zu den gesetzlich festgelegten Mindesteintragungszeiten insgesamt weitere 11 Stunden zur Teilnahme am Volksentscheid an.
- Planfeststellungsverfahren zum Autobahnanschluss A99/Verlegung:
Der Bürgermeister gibt das Schreiben der Autobahndirektion Südbayern zur Verlegung der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der B 471 zur Kreisstraße M 3 vom 04.01.2013 bekannt.
Die Thematik wird dem Gremium in einer der nächsten Sitzungen zur Behandlung vorgelegt.

59. Sitzung des Gemeinderates vom 10.01.2013

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Der Vorsitzende erinnert an die Einladung des Pfarrgemeinderats am kommenden Sonntag um 10.00 Uhr zum Neujahrsempfang im katholischen Pfarrzentrum.

Nachdem keine Wortmeldungen aus dem Gemeinderat vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.32 Uhr.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Rosemarie Keil
Schriftführerin